

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Die Forderung des Europäischen Parlaments nach einem einzigen Sitz überrascht und beeindruckt mich. Die Tatsache, dass Frankreich Straßburg jedoch nicht aufgeben wird, ist eines von vielen Zeichen, dass die EU immer nur dann beschworen wird, wenn sie den eigenen Zielen nützlich ist. Das ist verständlich, aber genau deshalb muss die EU in ihren Zielen und Strukturen endlich der Realität angepasst werden.

Auch die EP-Forderung einer Stärkung der europäischen Industrie (statt Start-ups mit 2 Mitarbeitern) ist eine sehr begrüßenswerte Entwicklung.

Ansonsten geht es fröhlich weiter mit Zuckermarktbeobachtungsstellen, Verständnis für Griechenland und italienische Banken, EU-Bienenpartnerschaft und der Dekarbonisierung des EU-Verkehrs

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl ist es mir ein Rätsel, warum wir von Regierung und Parlament nichts Konkretes zur aktuellen Politik der EU-Institutionen hören. Die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bundesländer wird heute zu einem großen Maße (Insider sagen bis zu 50 %!) von Brüssel und nicht Berlin bestimmt.

Europäischer Rat

Estland hat Vorsitz im Rat übernommen

Zum 01.07.2017 hat EST für sechs Monate erstmalig den Vorsitz im Rat übernommen. Die Estnische Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Einigkeit durch Gleichgewicht“. Dabei soll die EU ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen Meinungen, Traditionen und Interessen in Europa herstellen, Offenheit ermöglichen und dabei gleichzeitig Sicherheit und Schutz sicherstellen. Folgende vier Schwerpunkte wurden von der estnischen Regierung gewählt: eine offene und innovative europäische Wirtschaft; ein sicheres und geschütztes Europa; ein digitales Europa und Datenfreizügigkeit sowie ein inklusives und nachhaltiges Europa. Im Mittelpunkt steht vor allem das schwerpunktübergreifende Thema Digitalisierung. Estland will die digitale Agenda in der EU voranbringen und sich dafür einsetzen, dass Europa mit dem technologischen Fortschritt mithalten kann. Die grenzüberschreitenden digitalen Dienstleistungsangebote sollen einfacher für die Verbraucher zugänglich gemacht werden, um das alltägliche Leben zu erleichtern. Weitere Ziele sind die Förderung des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit, der Schutz und Förderung der Grundfreiheiten der EU - des freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs, die Migrationsstrategie und die Themen Chancengleichheit und Nachhaltigkeit. Das herausragende Ziel des Programms ist außerdem der Erhalt des Zusammenhalts und der Einheit innerhalb der EU.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

https://www.eu2017.ee/sites/default/files/2017-07/EU2017EE%20Programme_1.pdf

Eurorettungsfonds gibt 8,5 Mrd. " für Griechenland frei

Das Direktorium des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bewilligte am 07.07.2017 die Auszahlung einer neuen Hilfstranche für GRI in Höhe von 8,5 Mrd. EUR. Zuvor hatte der Gouverneursrat des ESM (Finanzminister der EUR-Länder) am 05.07.2017 in einer Telefonkonferenz einer Änderung der Reformverpflichtungen zugestimmt und darauf bestanden, dass drei Privatisierungsexperten aus ESP, ITL, SLK Straffreiheit zugesichert wird und dass die Kosten der Rechtsverteidigung des früheren Direktors des Griechischen Statistikkamts (Elstat) vom Staat übernommen werden. GRI erhält 7,7 Mrd. EUR am 10.07.2017 (6,9 für Schuldendienst und 0,8 für Zahlungsrückstände). Nach dem 01.09.2017 erfolgt nach einem weiteren Beschluss des Direktoriums die Auszahlung von 0,8 Mrd. EUR für Zahlungsrückstände.

<https://www.esm.europa.eu/press-releases/esm-board-directors-approves-%E2%82%AC85-billion-loan-tranchegreece>
<https://www.esm.europa.eu/press-releases/esm-board-governors-approves-supplemental-mou-greece>

Europäische Kommission

Kommission will EU-Verkehr "dekarbonisieren"

Die Kommission hat am 23.06.2017 einen Vorschlag für die Bereitstellung von insgesamt 2,7 Mrd. EUR Investment für 152 zentrale europäische Verkehrsprojekte vorgelegt. Um einen maximalen Mehrwert für die EU und eine möglichst große Wirkung zu erzielen, konzentrieren sich die ausgewählten Projekte vor allem auf die unter das Kernnetz fallenden strategischen Abschnitte des europäischen Verkehrsnetzes. Der größte Teil der Fördermittel soll für den Ausbau des europäischen Schienennetzes (1,8 Mrd. EUR), die Dekarbonisierung und Modernisierung des Straßenverkehrs und die Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme (359,2 Mio. EUR) sowie für den Einsatz von Flugverkehrsmanagementsystemen (311,3 Mio. EUR) bereitgestellt werden. Von diesem Gesamtinvestment sollen laut Kommission ca. 200 Mio. EUR in 20 deutsche Verkehrsprojekte investiert werden, u.a. für geräuscharme Bremssysteme für Güterzüge und für den Einsatz des Eisenbahnverkehrsleitsystems ERTMS auf Güterverkehrskorridoren. Zu den europaweiten Projekten gehört auch der Aufbau eines Schnellladenetzes für Elektrofahrzeuge u.a. in DEU. Die Investitionen werden im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ getätigt, welche die EU-Infrastrukturnetze durch öffentliche und private Kofinanzierung unterstützt. Die Investitionen sollen nicht nur das europäische Verkehrsnetz modernisieren und grenz



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

überschreitende Verbindungen verbessern, sondern auch Impulse für Wirtschaftstätigkeit und Arbeitsplätze schaffen. Der Koordinierungsausschuss der Fazilität, in denen die Mitgliedstaaten vertreten sind, hat am 06.07.2017 den Beschluss der Kommission formal genehmigt. Nun ist noch ein formaler Beschluss durch die Kommission über das Investitionspaket erforderlich, mit dem bis Ende Juli gerechnet wird. Die entsprechenden Abkommen sollen bis Ende 2017 mit den Begünstigten der einzelnen Projekte geschlossen werden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1729_de.htm

<https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/2016-cef-call-selected-projects.pdf>

Kommission will Defizitverfahren gegen Griechenland beenden

Am 12.07.2017 beschloss die Kommission, dem Rat die Einstellung des Defizitverfahrens gegen GRI zu empfehlen. Hintergrund seien die erheblichen Anstrengungen, die das Land in den letzten Jahren zur Konsolidierung seiner öffentlichen Finanzen unternommen habe, sowie die Fortschritte, die bei der Umsetzung des Stabilitätshilfeprogramms im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erzielt worden seien. Würde der Rat der Empfehlung der Kommission folgen, unterlägen nur noch drei Mitgliedstaaten der korrektiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts (FRA, ESP und GBR), während es bei der Finanzkrise 2011 noch 24 Länder waren.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-1962_de.htm

Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei

Die Kommission hat am 28.06.2017 am Rande des Treffens des Lenkungsausschusses der EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei über Fortschritte beim Einsatz dieses Instruments berichtet. Dazu zählt der Abschluss eines Vertrags mit der Weltbank über 50 Mio. EUR, der die Beschäftigungsfähigkeit syrischer Flüchtlinge und deren Aufnahmegemeinschaften in der Türkei durch Schulungen verbessern soll. Fast alle Mittel aus dem Gesamtbudget der Fazilität in Höhe von 3 Mrd. EUR sind inzwischen zugewiesen worden. Die Kommission hat Verträge über 48 Projekte im Umfang von über 1,6 Mrd. EUR unterzeichnet. Davon wurden 811 Mio. EUR bereits ausgezahlt. Die EU-Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei wurde 2015 eingerichtet, nachdem der Europäische Rat eine erhebliche Aufstockung der Mittel für die Flüchtlingshilfe in der Türkei gefordert hatte. Die Fazilität ist mit 3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2016-2017 ausgestattet. Davon stammen 1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und 2 Mrd. EUR von den Mitgliedstaaten (MS). Alle MS haben mittlerweile ihre Beitragszertifikate eingereicht, die die zugesagten 2 Mrd. EUR abdecken.

http://ec.europa.eu/germany/news/eu-fazilit%C3%A4t-f%C3%BCr-fl%C3%BCchtlinge-der-t%C3%BCrkei-erreicht-hunderttausende_de



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäisches Parlament

Ein einziger Sitz für das EP

Die MdEP unterstrichen zum wiederholten Mal ihre Forderung nach einem einzigen Sitz des EP in einer Debatte am 05.07.2017. Seit Jahren haben MdEP immer wieder einen einzigen Sitz für das EP gefordert, und dabei die Symbolik und das Sparpotenzial einer solchen Entscheidung hervorgehoben. Allerdings erfordert dies eine Änderung der EU-Verträge. MdEP Peter Liese (EVP/DEU) verwies in der Debatte auf seinen Vorschlag, die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) aus London nach Straßburg zu holen. Französische MdEP antworteten ihm, seine Anregung sei sinnlos, da die französische Regierung bereits erklärt habe, dass dies nicht infrage komme, weil man die EMA in Lille haben wolle. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20170705+ITEM-015+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP fordert industriepolitische Strategie für die EU

In seiner EntschlieÙung vom 05.07.2017 fordert das EP die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bis Anfang 2018 eine Strategie für eine kohärente und umfassende Industriepolitik vorzulegen, die auf die Reindustrialisierung der EU abzielt. Die industriepolitische Strategie soll Ziele, Indikatoren, Maßnahmen und einen Zeitplan umfassen. Die Strategie soll insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltig-

keit der europäischen Industrie verbessern und besonders auf dem digitalen Wandel, einer energieeffizienten und ressourcenschonenden Wirtschaft und dem Ansatz der Kreislaufwirtschaft basieren. Durch öffentliche und private Investitionen sowie neue Regelungsrahmen soll es Industrieunternehmen ermöglicht werden, sich den veränderten Bedingungen anzupassen, um die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum zu begünstigen. Das EP betont, dass der Industrie wesentliche Bedeutung als Triebkraft für nachhaltiges Wachstum, Beschäftigung und Innovation in der EU zukommt. Die europäische Industrie sei in vielen Wirtschaftszweigen weltweit führend, für mehr als die Hälfte an EU-Exporten und etwa 65% der Investitionen in Forschung und Entwicklung verantwortlich, und biete über 50 Mio. Arbeitsplätze. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP der EU sei jedoch in den letzten 20 Jahren von 19% auf 15,5% gesunken. In diesem Kontext müsse die industrielle Basis der EU gestärkt und modernisiert werden, um das Ziel der EU zu erreichen, bis 2020 den Anteil der Industrie am BIP der EU auf 20% zu bringen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0305+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP fordert Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

Die Beitrittsverhandlungen mit TUR sollten offiziell ausgesetzt werden, falls die geplanten Verfassungsänderungen unverändert umgesetzt werden, da diese den EU



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Beitrittskriterien widersprechen. Dies forderten die MdEP in einer am 06.07.2017 im Rahmen des Berichts von MdEP Kati Piri (S&D/NDL) verabschiedeten Entschließung. Die MdEP sind besorgt über die Rückschritte der TUR in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Pressefreiheit und beim Kampf gegen die Korruption. Sie verurteilen, dass der türkische Präsident wiederholt seine Unterstützung für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgedrückt hat, was die Mitgliedschaft der TUR im Europarat infrage stellen und zu einem sofortigen Ende der EU-Beitrittsverhandlungen führen würde. ö

Die Entschließung erkennt jedoch auch die Bedeutung guter Beziehungen zwischen der EU und der TUR an, sowie die Notwendigkeit, einen konstruktiven und offenen Dialog beizubehalten, um gemeinsame Herausforderungen wie Migration, Sicherheit oder Terrorismus anzugehen. Die MdEP unterstützen eine Aktualisierung der Zollunion zwischen der EU und der TUR und fordern, dass Menschenrechte und die Grundfreiheiten Teil des neuen Abkommens sein sollen. Die Entschließung wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 477 - 64 - 97 angenommen. Das EP plant, eine Ad-hoc-Delegation von MdEP im Herbst nach Ankara zu entsenden, um den parlamentarischen Dialog zu erneuern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0306+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Serbien

Am 15.06.2017 nahm das EP den Bericht von MdEP David McAllister (EVP/DEU) zum Fortschrittbericht Serbien der Kommission an. In dem Bericht begrüßt das EP das anhaltende Engagement Serbiens hinsichtlich des europäischen Integrationsprozesses. Das EP erklärt sich aber auch besorgt darüber, dass bei der Bekämpfung der Korruption keine Fortschritte zu verzeichnen sind, und fordert Serbien nachdrücklich auf, klaren politischen Willen zu zeigen und dieses Problem entschieden anzugehen, indem auch der Rechtsrahmen verbessert und vollständig durchgesetzt wird. Es bringt seine Sorge darüber zum Ausdruck, dass sich die Situation in Bezug auf die freie Meinungsäußerung und die Selbstzensur der Medien nicht verbessert hat. Es fordert die Behörden auf, angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen, damit alle Angriffe auf Journalisten und Medien aktiv untersucht und die Täter umgehend der Justiz zugeführt werden. Es wird betont, dass sich offene bilaterale Streitfragen nicht nachteilig auf den Beitrittsprozess auswirken sollten. Serbien wird aufgefordert, insbesondere in Grenzgebieten stärker mit den benachbarten Mitgliedstaaten der EU zusammenzuarbeiten, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Aus dem Kuriositätenkabinett

Kommission richtet Zuckermarktbeobachtungsstelle ein

Am 11.07.2017 fand ein erstes Treffen der EU-Zuckerexperten mit der Kommission zur Einrichtung einer Beobachtungsstelle für den Zuckermarkt statt. Kommissar Hogan (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung) kündigte die Gründung an, um dem EU-Agrarsektor zu helfen, die Marktvolatilität besser zu steuern sowie Marktsignale zu analysieren, um somit den Produzenten zu helfen. Ziel der Beobachtungsstelle ist die Erweiterung der Transparenz des EU-Zuckersektors. Sie wird sich aus 14 Organisationen zusammensetzen, welche aus Zucker- und Süßstoffversorgungsketten sowie EU-Beamten bestehen. Bei der Auftaktveranstaltung wurden Struktur und Funktionsweise der Zuckermarktbeobachtungsstelle beschlossen.

https://ec.europa.eu/agriculture/market-observatory/sugar_en

Fotowettbewerb zur EU-Bienenpartnerschaft gestartet

Am 06.07.2017 gab die EFSA (European Food Safety Agency) bekannt, dass sie in Anlehnung an die europäische Bienenwoche einen Fotowettbewerb startet, um das Bewusstsein für die Gefahren der Bienen und anderer Bestäuber zu wecken. Es wird aufgerufen, Fotos, welche die Biene oder Aspekte ihrer Gesundheit zeigen, als direkte Nachricht oder an das Instagram-Konto @EFSA_EU zu schicken. Die Fotos mit der höchsten Anzahl an Likes werden am

30.09.2017 auf der Website der EFSA präsentiert.

<http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/170706-0>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und OV Neu-Isenburg
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Politik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

